

werden bei allen Schreyer'schen Buchhandlungen, sowie beim Verlag von Hoffmann, Campe & Co. in Leipzig, entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren. Vierteljahrspreis von: Nr. 2 — für die Schweiz (St. Gallen) Nr. 3 — für Deutschland (Göteborg) R. 1.70 für Oesterreich (Göteborg) Nr. 3.50 für alle übrigen Länder des Weltverkehrs (St. Gallen).

Inserate die dreizehnpennige Zeitstelle 25 Gts. — 20 Pfg.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Er erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Volkshandlung Göttingen-Zürich. Postsendungen franko gegen keine Gemüthliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Nr. 32.

Donnerstag, 6. August

1885.

Worts an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezu. verfolgt wird und die dortigen Verhältnisse sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. diese von dort an und aus unserer Zeitung- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die höchste Wichtigkeit im Postverkehr notwendig und darf keine Verschickungsregel vernachlässigt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu laschen, und letztere dadurch zu laschen. Hauptforderung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt, andererseits aber, daß auch uns möglichst unerschöpfliche Zusendungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Rückwärtsadressirung. Soweit es uns liegt, werden wir gemäß dieser Mühe nach Rufen streuen um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### National und international.

Seit Monaten spielen sich an der deutsch-russischen Grenze Dinge ab, die im höchsten Grade charakteristisch sind für die heutigen politischen Zustände im Allgemeinen und die Nationalitätenfrage im Besonderen. Während die russische und die preussisch-deutsche Regierung nicht nur anscheinend, sondern thatsächlich im tiefsten Frieden — angesichts von Skiernewice kann man vielmehr sagen: in schönster Harmonie — mit einander leben, während die gekrönten Häupter beider Reiche, der absolute Zar Rußlands und der pseudo-konstitutionelle Kaiser und König von Preußen-Deutschland, sich auf Visiten die zärtlichsten Liebeserklärungen machen, weist die Regierung des Preußenkönigs in den östlichen Provinzen wohnhaften Unterthanen des „lieben Vaters“ in Petersburg aus dem Bereiche ihrer Macht-Sphäre aus, und zwar mit einer Brutalität und Rücksichtslosigkeit, die — man denke, was das heißen will! — sogar in nationalliberalen Blättern abfällig beurtheilt worden ist. Die Zahl der von diesen Ausweisungsdekreteten Betroffenen hat längst zehntausend überschritten, und jeden Tag hört man von neuen Ausweisungen. Aber weit entfernt, über dieses schändliche Verfahren gegen ihre Staatsangehörigen ungehalten zu sein, Einspruch dagegen zu erheben, daß man dieselben in willkürlicher Weise aus ihrer Erwerbssphäre herausreißt, hat die russische Regierung nur Worte der Beschönigung dafür, bereitet aber ihrerseits eine „Russifizierung“ der Westprovinzen von deutschen Reichsangehörigen vor. Und wie der Kampf gegen das Deutschthum in den Ostprovinzen die „herzlichsten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland“ in keiner Weise getrübt hat, so wird voraussichtlich auch die infamste Chikanen der Deutschen in Kongresspolen an diesen „herzlichen Beziehungen“ nicht das Geringste ändern. Weshalb und zu welchem Zweck aber diese Ausweisungen unter gegenseitiger Duldung, oder wohl richtiger, nach gegenseitiger Verabredung? Auf diese Frage lautet die offiziöse Antwort: Im nationalen Interesse. Anfangs verfuhrte man in Preußen sogar die Maßregel als einen Schutz der nationalen Arbeit, diesmal wirklich Arbeit mit Arbeiter identifizirt, hinzustellen. Bismarck's Leibblatt, die „Norddeutsche Allgemeine“, sprach von einem „Einbruch fremder Arbeiter in den heimischen Arbeitsmarkt“, vor dem man die deutschen Arbeiter schützen müsse; und sonderbarerweise fand sie auch einen Moment Leute, welche auf diese Ausrede hineinfelen. Bald aber zeigte es sich, wie thöricht es ist, der preussischen Regierung solche Rücksichten auf die Arbeiterklasse zuzutrauen. Als die ober-schlesischen Großgrund- und Gütten- u. Besitz, welche ihre Pappenheimer besser kennen, sich mit dieser Auskunst nicht zufrieden gaben, rückte man mit dem wahren Grund, der zu der Maßregel Anlaß gegeben, heraus: Nicht die Rücksicht auf die Arbeiter war es, sondern die Rücksicht auf das sogenannte Staatsinteresse. Die Germanisirung der polnischen Bezirke wird durch diese „Eindringlinge aus Rußland“ aufgehalten, und deshalb müssen sie über die Grenze zurückgeschickt werden. Und da, was dem Einen recht, dem Andern billig ist, so kann man nichts dagegen haben, wenn auch Rußland im Interesse der Russifizierung seiner polnischen Landeskinder die deutschen Störenfriede aus seinem Tempel herausjagt. So reinigt man auf beiden Seiten das Land von den haars feindlichen, weil dem betreffenden Staat nicht à tout prix unterstellten Elementen, und hat freien Raum, hüben für die Germanisirung, drüben für die Russifizierung der Polen. Das „nationale Interesse“ muß als Vorwand erhalten für politische Unterdrückungszwecke, die mit dem friedlichen Verkehr der Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten miteinander unvereinbar sind, desto mehr aber in der Verheerung der Nationalitäten ihre Stütze finden. Da die Zahl der russischen Polen sich zu der der preussischen Polen wie 3:1 verhält, so kann sich jedes Schullind ausrechnen, welche Regierung an dieser Aktion Bismarck's das größte Interesse hat: die russische oder die deutsche. Für das despotische Rußland ist die Russifizierung Polens eine Lebensfrage. Freilich, Rußland ist zur Zeit noch immer der Hort der europäischen Reaktion, und das genügt! Wie gesagt, während die Regierungen internationale

Bündnisse abzuschließen, während die Regierenden Verbrüderungsfeste über Verbrüderungsfeste feiern, spielen sie mit den Regierten, den Völkern, geradezu Hangeball, werfen sie sie einander zu, spielen sie die einen wider die anderen aus, und Alles mit Hilfe des famosen Nationalitätsprinzips. Die Nationalität wird als Mittel der Verheerung benutzt, denn solange die Verheerung der Völker gelingt, solange fristen die Ausbeuter und Unterdrücker ihre Existenz auf Kosten des Volkes. Dies die eine Seite der Frage, und nun die andere, schon oben berührt. Als die „Norddeutsche Allgemeine“ die Ausweisung der russischen Arbeiter als eine sozialpolitische Maßregel zu vertheidigen suchte, da fanden sich, wie gesagt, verschiedene Leute, die auf diesen Köder anbissen und, obwohl sonst durchaus nicht regierungsfreundlich, mit den Regierungsbältern um die Wette auf die „Manchesterpresse“ schimpften, die von der Ausweisung auch als sozialpolitischer Maßregel nichts wissen wollten. Uns scheint, daß diese Leute damals nicht auf dem rechten Wege waren. Im Allgemeinen wird zugestanden, daß die von Rußland nach Deutschland einwandernden Arbeiter vorzugsweise diejenigen Arbeiten verrichten, welche die qualifizierten deutschen Arbeiter nicht verrichten wollen oder nicht verrichten können. Es ist nicht Jedermann dazu geeignet, tagaus tagein Erde zu graben, Lasten zu schleppen u. d. Dazu gehört eine besondere Körperkonstitution, während derjenige, welcher diese rauhen Arbeiten längere Zeit betreibt, die Fähigkeit zu irgend einer feineren Arbeit verliert. Soweit die russisch-polnischen Arbeiter der hier gekennzeichneten Kategorie angehörten, konnte von einem „Einbruch in den heimischen Arbeitsmarkt“ nicht die Rede sein, und der Rest ist wiederum numerisch zu gering, als daß das Wort auf ihn passen sollte. Aber selbst wenn dies der Fall, selbst wenn es sich um das Auftreten einer größeren Anzahl mehr oder minder qualifizirter fremder Arbeiter auf dem heimischen Arbeitsmarkt handelte, ist die gewaltsame Unterdrückung dieser Konkurrenz durch Ausweisung u. ein Auskunstmittel, zu welchem die weiterblickenden Elemente in der Arbeiterbewegung nie ihre Zustimmung geben dürfen. Die Freizügigkeit, und zwar die internationale Freizügigkeit — wenn sie auch nichts weniger ist als das Universalheilmittel, als welches die liberale Doktrin sie hinstellen möchte — ist ein so wesentliches Element der Kultur, und in weiterer Folge des Emanzipationskampfes des Proletariats, daß ein Verzicht darauf um momentaner Unbequemlichkeiten willen ein Verrath an der Sache der Arbeiter wäre. Am allerwenigsten ist er in Deutschland am Plage. Die russisch-polnischen Arbeiter machen den deutschen Arbeitern keine schlimmere Konkurrenz, als die deutschen Arbeiter gewisser Branchen ihren englischen, französischen u. Kollegen. Wer die Ausweisung der russisch-polnischen Arbeiter aus Deutschland gutheißt, kann nichts dagegen haben, wenn in England, Frankreich oder Nordamerika die einheimischen Arbeiter die Entlassung oder gar Ausweisung der Ausländer, u. A. also der Deutschen, verlangen. Nun, als vor einigen Jahren in Frankreich eine Agitation gegen die ausländische, speziell die deutsche und italienische, Konkurrenz auszubrechen drohte, da waren es gerade die vorgeschrittenen Sozialisten, welche dieser Bewegung entgegenzutreten, indem sie auf die internationale Solidarität der Arbeiterinteressen hinwiesen und nur diejenigen Maßregeln als der Arbeiter Sache würdig erklärten, welche sich mit den Grundsätzen der Solidarität vereinbaren lassen. Dazu zählt aber die gewaltsame Entlassung sicherlich am wenigsten. Wogegen sich die Arbeiter allerorts mit Recht wenden, das ist nicht die Einwanderung fremder Arbeitskräfte, sondern der Import, der systematische Handel mit denselben zur Herabdrückung ihrer Arbeitsbedingungen. Diesem schmachvollen Handel, wo es nur geht, zu steuern, ist ein Recht der Arbeiter, das ihnen Niemand bestreiten kann, ja sogar eine Pflicht — nicht nur gegen sich selbst, sondern auch oft gegen die Opfer dieses verdeckten Sklavenhandels. Im Uebrigen aber ist die Konkurrenz der Ausländer nicht anders zu bekämpfen als die Schmutzkonkurrenz im Inland — sei es durch wirksame Arbeiterschutzgesetze, sei es, wo diese nicht ausreichen, durch Proklamirung und Kampf für den Grundsatz: Für gleiche Leistungen gleiche Bezahlung. Jede weitergehende Forderung wirkt in ihrer Folge reaktionär. Die reaktionären Regierungen sehen daher auch die sogenannten nationalistischen (d. h. die Vorrechte der Eingeborenen betonenden) Bewegungen gar nicht ungern. So sehr sie den Kapitalisten im Lande die billigen Arbeitskräfte gönnen, so wenig behagt ihnen ein allzu intimer Verkehr ihrer Arbeiter mit den Arbeitern des Auslandes. Heine's jactantische Verse:

Ausländer, Fremde sind es zumehr,  
Die unter uns geh'n den Geist  
Der Rebellion

gelden, den veränderten Umständen entsprechend, noch immer. Der internationale Verkehr der Arbeiter fördert die internationalen Emanzipationsbestrebungen: wie in den dreißiger und vierziger Jahren die deutschen Arbeiter aus Frankreich die sozialen und politischen Freiheitsideen nach Hause brachten, so sehen wir heute, daß die russisch-polnischen Arbeiter, wenn sie längere Zeit in Deutschland gearbeitet, den Geist der sozialistischen Arbeiterbewegung in ihre Heimath bringen. Der „Sozialdemokrat“ hat bereits mehrere Beispiele dafür aufzählen können. In diesem Sinne, als Mittel der gegenseitigen Aufklärung und Verständigung, nannten wir oben die internationale Freizügigkeit einen Kulturfaktor. Der Nutzen, den eine nationale Einschränkung, wenn überhaupt, zu schaffen vermag, wird immer nur ein vorübergehender, und somit ein illusorischer sein, der Schaden aber, insofern dadurch die normale Entwicklung aufgehalten wird, ein positiver. Die ganze moderne Entwicklung des industriellen Lebens verweist die Arbeiterklasse auf die Festhaltung des Grundgesetzes der Internationalität, jedes Abweichen davon ist vom Uebel. Wir verkennen die Unzulänglichkeiten nicht, welche er hier und da mit sich bringen mag, aber jeder Fortschritt hat seine Unzulänglichkeiten, wie jede Geburt ihre Wehen. Nicht den Fortschritt aufzuhalten, — ihn zu befördern ist unsere Aufgabe, und wenn wir die Wehen mildern wollen, dann darf es nicht durch solche Mittel geschehen, welche das zu erkämpfende Ziel hinauschieben. Auf dem Boden der Internationalität haben wir uns mit den Wirkungen der internationalen Konkurrenz abzufinden. Es ist keine hochtönende Phrase, kein Ausfluß hochherziger, aber unpraktischer Gesinnung, sondern die Erkenntniß einer gebieterischen Nothwendigkeit, wenn am Schluß des kommunistischen Manifestes, gewissermaßen als Endergebniß seiner Ausführungen die Worte stehen: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Sozialpolitische Rundschau. Zürich, 6. August 1885. — Die Verschwörerbande, welche das Frankfurter Friedhofs-Attentat in Szene gesetzt hat, sucht sich jetzt dadurch aus der Schlinge ziehen, daß sie das schuldige Werkzeu, dessen sie sich bediente, preisgibt — wenigstens zum Schein. Der elende Meyer ist von seinem Amte suspendirt, und auch gegen einige der Polikisten, die sich durch besondere Brutalität hervorgethan, die Untersuchung eröffnet worden. Durch dieses Manöver dürfen wir uns nicht täuschen lassen. Wir müssen vor allen Dingen dahin wirken, daß die wahren Schuldigen an den Tag und zur Strafe kommen. Zum Glück gibt der Weg der Privatklage den Verletzten die Möglichkeit, Licht in die Sache, und die Schuldigen, wenn auch nicht ins Juchthaus, doch wenigstens an den Schandpfahl zu bringen. a. Wer Andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein — dies Sprichwort bewahrheitet sich jetzt recht handgreiflich an der Frankfurter Polizei und ihren Hintermännern. Daß es am 22. Juli auf einen Ueberrall abgesehen war, ist durch massenhaftes Zeugniß festgestellt. Die Absicht hatte sogar bestanden, auch die letzte Kirchhofs-Säule zu verfrachten, dann wäre Flucht unmöglich gewesen, die eingekerkerten Menschen hätten sich zur Wehre sehen müssen, und — das Blutbad, der Straßenkampf war fertig. Denn auch das ist erwiesen, daß das Militär zum Einschreiten bereit war. Kurz — Alles war geschehen, um das Gulenburg'sche Rezept von der „Kante, die schießt,“ und dem „Säbel, der haut,“ in Anwendung zu bringen. Auch die Komplizität der obersten Behörden ist erwiesen. Dieselbe Plumpheit der Ausführung, durch welche die unteren Polizeioorgane sich auszeichneten, finden wir auch bei den obersten Behörden. Auf Grund von telegraphischen Berichten der Frankfurter Behörden ist nämlich in Berlin, im Ministerium des Innern und in der Reichs-Kanzlei ein gefälschtes Proktelegramm (Wolff'sches Bureau) angefertigt worden, welches von Widerstand der Sozialdemokraten spricht und das Friedhofs-Attentat, durch welches der Frankfurter Friedhof in einen Schlachthof verwandelt werden sollte, als eine sozialdemokratische Geste erscheinen läßt. Und aus derselben Quelle sind zahlreiche ähnlich gefärbte, ausführliche Zeitungsberichte hervorgegangen, die, gleich jener Depesche, sämmtlich das Datum Frankfurt am Main tragen, erwiesenermaßen aber in Berlin, und zwar erwiesenermaßen von den obersten Behörden, angefertigt, beziehentlich veranlaßt worden sind. Während auch nicht das geringste belastende Moment gegen die Frankfurter Genossen entdeckt werden konnte, häuft sich das Belastungsmaterial gegen die Polizei in geradezu überwältigender Weise, so daß selbst die Regierungsorgane keine Reinwaschungsversuche mehr machen. War komisch klingt es unter solchen Umständen, wenn die „Kreuzzeitung“ ankündigt, die Absicht, den Belagerungszustand über Frankfurt zu verhängen, bestehe nicht und habe nicht bestanden. Belagerungszustand — weshalb? Und gegen wen? Doch höchstens gegen die Polizei und deren „Auswüchse“. Und daß man in Berlin keine Lust hat, die Polizei unter die Fuchtel des Belagerungszustandes zu stellen, das braucht die „Kreuzzeitung“ uns nicht zu sagen. Aber wir müssen unser Möglichstes ausbieten, daß der Polizei für die Zukunft das Handwerk gelegt wird.







...schwindel Attentats sei kein Polizeispiegel gewesen. Ein Bild auf den Bericht selbst zeigt, daß der Referent zwar so — höchst wahr, den Lust nicht als einen Spiegel zu bezeichnen, daß aber das Material mit zwingender Gewalt für die Spitzelhaftigkeit des Spiegels spricht. Die unabhängige Presse, soweit in Deutschland von einer solchen die Rede sein kann, hat sich bis jetzt mit dem Bericht nur sehr wenig und sehr oberflächlich beschäftigt.

Die Tödtung oder Ermordung Hassels in Berlin wird von der reaktionären Presse systematisch verschleiert. Thatsache ist, daß Hassel, der sich bei dem Versuch, arbeitenden Bauern die Schlinge zu erklären, anerkanntermaßen keiner Ungeheuerlichkeit, nicht einmal einer Ungehörigkeit oder provozirender Grobheit schuldig machte, ganz unmotivirter Weise angegriffen und in den Keller geschleppt wurde. Es waren von außen importirte Kräfte, welche die That verübten, und es ist Grund zur Annahme vorhanden, daß sie durch Brannwein genügt und aufreizende Reden zu der That aufgestachelt wurden. Unseren Berliner Genossen liegt die Pflicht ob, die Wahrheit an den Tag und die Schuldigen zur Strafe zu bringen.

Beamtenkorruption im Großherzogthum Hessen. Das dem Landkreise Offenbach am Main wird und geschrieben. Das „Offenbacher Tageblatt“ berichtet in seiner Nr. 183: „Ein interessanter Prozeß spielte sich vorige Woche an dem Landgericht in Darmstadt ab. Die minderjährigen Söhne von Neu-Jensen wurden gegen Herrn Oberamtsrichter Langsdorf von Offenbach auf Ersatz von 1100 M. mütterlichen Vermögens, welche in Folge einer groben Nachlässigkeit des Herrn Oberamtsrichters, als Oberamtsrichter, nicht in gesetzlicher Weise gesichert wurden, von ihnen in Folge dessen verloren gegangen sind. Der Anwalt des p. Langsdorf suchte denselben wesentlich in der Weise zu entschuldigen, daß derselbe in Folge der starken (1) Beschäftigung nicht die Möglichkeit gehabt habe, sein ganzes Rezipiat zu übersehen und in Folge dessen nicht zu der Lage gewesen sei, die Rechte der Kinder in genügender Weise zu wahren; er stellte ferner in Abrede, daß ein grobes Verschulden desselben vorliege, wofür allein ein Richter nach der Rechtsprechung haften müsse. Diesem in juristischen Kreisen auf die Entscheidung sehr gespannt, zumal, wie wir hören, Herr Oberamtsrichter Langsdorf den eigenen Kindern den Betrag von mehreren hundert Mark als Entschädigung geboten hat, wenn dieselben von der Klage absehen würden. Wegen dem Herrn Oberamtsrichter Langsdorf ist auch wegen angeblicher anderer Ungehörigkeiten im Dienst, die er sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Handelsgerichts in Offenbach hat zu Schulden kommen lassen, ein Disziplinar-Verfahren eingeleitet worden. Wir werden noch Gelegenheit nehmen, auf diese Sache näher zurückzukommen.“

Wenn nun, so fragen wir, der Chef eines der industriell und politisch ungeschicktesten Verwaltungsgebiete des Großherzogthums Hessen, der in den Augen seiner Untergebenen, und ganz besonders des „gemeinen Mannes“, gleichsam als unersetzbarer administrativer und juristischer Papst betrachtet wird, sich solch grobe, von höchster Bewusstlosigkeit zeugende Verheerungen gegen das „Eigentum“ minderjähriger Kinder zu Schulden kommen läßt, darf man sich da sehr wundern, wenn die ihm unterstellten Organe, sobald derartige zu ihrer Kenntniß gelangt, sich ihren „verpflichteten“ Chef auch in der Summe zum Rufer nehmen? Wir wollen sehen!

Vor einigen Wochen brachten die Presseorgane die Notiz, daß der großherzogliche Bürgermeister Gluser in Dieburg wegen Unterschlagung und Betrug, im ersten Falle wegen Unterschlagung von circa 4000 Mark, im zweiten von 500 M., im dritten Falle wegen 20 M. in Untersuchung gezogen worden sei. Das Urtheil lautete auf 1200 M. Geldbuße. Wenn das ein Sozialdemokrat gewesen wäre! Dann hätte das Urtheil sicher auf Zuchthaus, Aberkennung der Ehrenrechte, und Stellung unter Polizeiaufsicht gelaugt. Eine weitere Untersuchung, ebenfalls wegen Unterschlagung, ist gegen den ordnungsparteilichen „Ehrenmann“ aus Rheingönheim, Charatteristisch bei der Verhandlung war, daß der famose „Kreisrath“ Dallwachs, früher in Dieburg, jetzt in Offenbach als „Kreisrath“ angestellt, über den Charakter des betrügerischen Bürgermeisters als Folge bestatigt, erklärte: „Derfelde ist ein ehrlicher, zuverlässiger und ehrlicher Mann.“ Ein Prachtstück, dieser Friedrich Dallwachs!

Ein weiterer Fall zum oben erwähnten Thema. Der großherzogliche Bürgermeister Augenthaler in Heusenstamm bei Offenbach, vor etwa zwei Jahren der Brandstiftung angeklagt, wurde vor ungefähr vier Wochen wegen betrügerischer Wechselmanipulationen in Untersuchung genommen. Bei der ersten Vernehmung stellte sich heraus, daß er einen armen Schüler von Arbeiter, dessen Namen er ohne dessen Wissen als Accipient benutzt hatte, zum Meisler zu verleiten gesucht. Die Gaunerei dieses Ortsstuhls war selbst dem oben genannten „Oberamtsrichter“ Langsdorf zu stumm, und man gab dem Bürgermeister zu verstehen, daß er als Ortsgerichtsvorsteher „eremittillig“ abdanken solle. Das geschah auch, aber als Bürgermeister, wozu nach ausdrücklicher Bestimmung der hiesigen Landgemeindeordnung nur „Ehrenmänner“ zulässig sind, blieb der Fälscher und Verleurer zum Meisler in Funktion.

So könnten wir noch eine Reihe von Beispielen anführen. Aber, so fragen wir uns, wie kommt es, daß solche, das ganze Staats- und Kommunalwesen durch und durch vergiftenden Zustände sich einschleichen können, Zustände, unter denen in allen genannten Fällen das „Eigentum“ Anderer zu leiden hatte? Zahlen beweisen! Der Dieburger Konstabler, wie aus den Untersuchungsakten hervorgeht, um sein durch vorzunehmende Neuwahl gefährdetes Konstatat zu behaupten, 5000 Mark Schmiergeld herausgab. Wahrheit unerhört! Wenn man erwägt, daß der Gegenstand doch zweifelsohne in Geltendmachung „klimmender“ Argumente auch nicht zurückbleibt, so muß man annehmen, daß eine Bürgermeislerwahl auf nahezu 10,000 Mark zu stehen kommt. Aber keineswegs will ich diesen Bürgermeisler die alleinige Schuld an der Korruption im Lande beimesen. Wer solche Wahlen mitreißt, weiß sehr gut, daß die Kreisämter und ihre Sekretäre, nebst Schreibern, den größten Theil der Schuld tragen. Ganz besonders in dies bei den Bürgermeistern der Fall, welche sich als recht willkürliche Regierungsbevollmächtigte bewähren. Da fallen Redensarten, wie: „Schonen Sie kein Geld.“ „Wem's steht, sind wir da.“ und „Wenn die Stränge reißen, lassen wir Sie doch nicht fallen.“ „Das Ortsgericht belassen wir Ihnen doch.“ und anderer Schwindel mehr. So war die Wahl in Heusenstamm in dem wiedergewählten Bürgermeister ebenfalls Kaufende von Mark, die Bürgermeislerwahl in Rühlheim vom Wiedererwählenden nach seiner eigenen Angabe nahezu 3000 Mark gekostet. Die Bürgermeislerwahl in Diebach, welche vor ungefähr zwei Jahren stattfand, hat noch ein viel scandalöseres Bild von Regierungsschwindel geliefert. Zweimal siegte der Kandidat der Arbeiter, und jedesmal ward von gewisser Seite Klammation erhoben. Als die dritte Wahl andernorts wurde, erschien der „großherzogliche Kommissarius“ aus Offenbach, ein gewisser Georg Wais, Schreiber am Kreisamt, trieb die von den beiden Parteien im Wahllokal postirten Kontrolleure zur Thüre hinaus, eröffnete die Wahl, und selbstverständlich legte der der Regierung angenehme Kandidat der Gegner. Diese drei Wahlen haben viele Tausende gekostet und eine Erbitterung in der Gemeinde hervorgerufen, deren traurige Nachwehen sich noch Jahre lang fühlbar machen dürften; und dieses Alles nur, damit eine moralisch durchsichtige und gerechtere Regierung trotz des allgemeinen Wahlrechts Recht behalte!

Wo, so fragen wir weiter, soll diese Art Beamtenanarchie hinführen? Doch das sei der berufenen Staatsorgane eigene Sorge. Bemerkten wollen wir noch, daß im April dieses Jahres in Rühlheim der Sozialdemokrat Wolf zum Beigeordneten gewählt wurde. Eine wahre Panik entstand darauf in allen gegnerischen Lagern. Die ganze „ehrliche, treue und rechtsgläubige“ Ordnungspolitik hatte sich gegen diese Wahl verschrieben, in wirrem Chorus brüllten die „guten, ehrlichen, treuen und rechtsgläubigen“ Organe: Gottesläugner! Atheist! Sozialist! Republikaner! und der Teufel mag wissen, was Alles noch. Nun, Dank der höheren „staatsbehaltenden“ Einsicht des Offenbacher Kreisraths und seiner Pampelmänner im Kreisamt ist die große Gefahr, die einzige seit dem Jahre 1866, welche die Existenz des Großherzogthums Hessen bedrohte, beseitigt. Wir wollen der Hoffnung Raum geben, daß angeht solch infamer, das Recht und die Wahrheit auf den Kopf stellenden Zustände die Zeit nicht mehr fern ist, wo das ar-

beitende Volk sich erhebt und dieser gleichsam zum Gesetz gewordenen Regierungsbrotalität ein „bis hierher und nicht weiter!“ zuruft.

Ein Spitzbube, der nicht abgeurtheilt wird. Das Untersuchungsverfahren gegen den in unserm Blatte mehrfach gekennzeichneten konservativen Millionendiebstahl von Berden ist nunmehr endgültig eingestellt und Böh für geistig unzurechnungsfähig erklärt worden. Man kann sich die Entrüstung der vielen, durch den sparlichen Spartaßendiebstahl Geschädigten, die fast sämtlich dem Kleinhandwerker- und Kleinbauernstand angehören, denken. Ein Schrei der Wuth ging durch ihre Reihen, als sie vernahmen, daß der gewissenlose Schurke, der Hunderte von Familien ins Elend gestürzt, dem Arm der Gerechtigkeit so ganz entgehen soll. Um diese nur zu natürliche Entrüstung möglichst zu dämpfen, hat der Berdener Staatsanwalt kürzlich folgende „Erklärung“ erlassen:

„Zur Untersuchungssache gegen den Spartaßendiebstahl a. D. Böh von hier wegen Unterschlagung und Fälschung unlaute — theils böswillige, theils alberne — Gerüchte veranlassen mich, nachstehendes zu veröffentlichen: Nach dem Gutachten der Ärzte der provincialständischen Heil- und Pflege (Jrenn) Anstalt zu Hildesheim leidet Böh an demontia paralytica (Gehirnerweichung), welche voraussichtlich im Verlaufe weniger Jahre zum Tode führen wird, und schließt diese Gutesförderung im Sinne des Gesetzes die freie Willensbestimmung aus. Die Jrennärzte haben dies Gutachten abzugeben, nach dem sie den Böh längere Zeit beobachtet hatten. Eine Simulation des Angeklagten erklären die Jrennärzte für gänzlich ausgeschlossen. Hiernach kann eine Hauptverhandlung gegen Böh nicht stattfinden, da er an einer vernünftigen Geltendmachung der selbstverständlich auch ihm zustehenden Rechte behindert erscheint, und wir ihn gezwungen: auf Grund des § 203 der Strafprozeßordnung, weil Böh in Geisteskrankheit verfallen ist, und zwar jedenfalls und mindestens nach der ihm zur Last gelegten That — nach dem Gutachten der Jrennärzte besteht sogar die Möglichkeit, daß die Anfänge der Geisteskrankheit des Böh bis zum Jahre 1877 zurückreichen — den Antrag auf vorläufige Einstellung des Verfahrens zu stellen, welchem Antrage die Strafkammer des königlichen Landgerichts hier durch Beschluß vom 23. v. Mts. auch deferirt hat. Eine Wiederherstellung des Böh ist nach der von mir neuerdings eingeholten Keuführung der Jrennärzte, deren Ansicht übrigens noch andere Ärzte beigetreten sind, ausgeschlossen, und wird somit auch die nach § 203 cit. (b. i. eintretender Wiedereingetung) zulässige Wiederaufnahme des Verfahrens (Böh jetzt eben sowohl als ausgeschlossen zu erachten sein. Böh wird unter Wahrung der gesetzlichen Formalitäten in der Jrennanstalt weiter detinirt und dort vorläufiglich bis zu seinem Tode verbleiben. Berden, den 21. Juli 1885. Der erste Staatsanwalt. Sporleder.“

Und somit wäre die Affäre Böh tot und begraben. Wie angenehm für seine, zum mindesten jahrlässigen Helfer, die Herren vom Verwaltungsrath der Spartaße, die es gar nicht merkten, wie der arme, geistesranke Böh die Masse um Millionen begrimdelte! Man sollte die Herren zum mindesten doch auch auf demontia paralytica untersuchen. Da wäre wenigstens der Schein gerettet, und nur „theils böswillige, theils alberne“ Querulanten könnten noch von Mitschuldigen reden, die man mit Böh laufen läßt, weil sie eben große Sp-arapostel sind.

Um übrigens kein Mißverständnis über unsere Auffassung der ganzen Affäre aufkommen zu lassen, bemerken wir noch, daß wir es nicht nur für möglich, sondern sogar für wahrscheinlich halten, daß Böh jetzt an Gehirnerweichung leidet. Sie ist ja in der Regel der Schlüssel eines ausschweifenden Lebenswandels. Mit der That ist es eben ein anderes Ding als mit der That. Sie nimmt auf den Säuler in Amt und Würden ebenso wenig Rücksicht wie auf den armen Proletarier, der sein Elend im Schnaps zu ertränken sucht. Was uns gegen das Gutachten der Herren Ärzte, die Böh beobachtet, mißtrauisch macht, ist der Zusatz, daß die Anfänge der „Geisteskrankheit“ desselben bis zum Jahre 1877 zurückreichen sollen. Das riecht etwas zu sehr nach Hochrechnungen. Eine Geisteskrankheit, die den von ihr Befallenen erlaubt, jahrelang systematisch zu schwindeln und zu betrügen, seine ganze Umgebung konsequent zu täuschen, die Bücher, Abrechnungen u. s. o. gefälscht zu fälschen, daß der Betrug erst gemerkt wird, nachdem er die Millionen längst überstiegen, eine solche „Geisteskrankheit“ ist entweder sehr wunderbar oder sehr allgemein — wie viele derjenigen, die unsere Verhältnisse und Zustände beobachten, haben dann unter voller Zurechnungsfähigkeit gehandelt! Aber freilich — wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe, man kann doch einen Dummen, der hundert Mark unterschlägt, nicht mit einem Böh vergleichen wollen.

Es lebe die Gerechtigkeit!

Ein Wunder hat sich in Deutschland beggeben, das weiteste Bekanntheit verdient. Deutsche Professoren — man denke: deutsche Professoren! — haben es gewagt, sich über den Entsch eines königlichen Beamten, ihres Vorgesetzten, mit Todesverachtung hinwegzusetzen. Und was das Schönste ist, dieses Wunder ist passirt in Straßburg, der „wiedergewonnenen Reichsstadt“.

Es handelte sich um eine Leichenfeier zu Ehren des kürzlich verstorbenen Professor Laas, eines Mannes, der in seinem Fachgebiete — Philosophie — Bedeutendes geleistet, und auch insofern seinem Beruf Ehre gemacht, als er seit Monaten dem drohenden Tode mit stoischer Ruhe entgegengetreten und sich jedes kirchliche Begräbniß verweigert hatte. „Da die Wohnung des Verstorbenen“ schreibt man der „Frankfurter Zeitung“, „für die Abhaltung einer würdevoll akademischen Feier zu klein war, beschloßen Rektor und Senat, diese Feier im Borchhof des allgemeinen Kollegiengebäudes abzuhalten. Wegen dieses Beschlusses aber der Rektor der Universität, Unterstaatssekretär Ledderhose, remonstrieren zu sollen, indem die Universität kein Tempel für die Abhaltung nicht religiöser Todesfeiern sei. Ueber diese Remonstration haben sich aber Senat und Rektor einstimmig hinweggesetzt. Die Feier, die eine wirklich ergreifende und imposante war, und an welcher der größte Theil des akademischen Lehrkörpers, sowie die Delegirten sämtlicher akademischen Baccine und Verbindungen Theil nahmen, hat also im Kollegiengebäude stattgefunden, wobei die eigentliche Trauerrede von einem der Berehrten des Verstorbenen, vom Prof. theol. Holzmann, jedoch nicht im kirchlichen Ornat, sondern im schlichten bürgerlichen Frack, gehalten wurde. Die bereits angefangenen Feiern werden dem durch das mannhafteste Auftreten des Senates thatsächlich, wenn auch nicht formell, erledigten Streite ein Ende machen. Der Staatssekretär Ledderhose wird sich wohl über Abel zu trösten wissen, namentlich wenn ihm seine Freunde von der medizinischen und der naturwissenschaftlichen Fakultät theilnehmend zur Seite stehen.“

Nach dem Schlußsatz zu urtheilen, scheinen grade die Herren dieser beiden Fakultäten sich als die guten Kinder erwiesen zu haben, was das Wunder gewissermaßen noch vergrößern würde, da sonst grade die naturwissenschaftliche Fakultät die bösen Kinder zu beherbergen pflegt. Indeß, wie dem auch sei, das Wunder ist geschehen, und denen, so es vollbracht, gebührt unsere volle Anerkennung. Vivant sequentes!

nh. Wer sagt, daß Preußen nicht ein dankbarer Staat sei?

„Alle Reue“ betitelt sich das Gedicht — wir haben es feinerzeit abgedruckt —, in welchem die Mitglieder des Kriminalsenates und Hilfsarbeiter des Obergerichtes aufgezählt werden, die den Artikel 84 der preussischen Verfassung, der von der Redefreiheit der Abgeordneten handelt, so schön abthaten,

„damit die Hunde wissen, was sie jeho anzupfeien.“

So das Volk, nicht der Staat, der alle, alle diese Ehrenmänner selbst über in den gleichartigen Söhnen belohnt. — Der Sohn des Prääsidenten der „Reue“, v. Schlicke, ist Oberpräsident der Provinz Ostpreußen und, hole die andern der Teufel, Holleben heimt eben den Dank für die damaligen Schandthaten ein und ist an Spitzer's Stelle Oberlandesgerichtspräsident in Königsberg und „Kanzler im Königreich Preußen“ geworden.

Ihr maulwerkendsten Hunde Königsbergs, merkt euch, wen ihr anzupfeien habt, wenn die zweideutigen Hunde schmeicheln!

Donatius, „Kittlaus' misrath'ner Sohn“, ist nur vor Kurzem belohnt.

Es lebe das gerechte, dankbare Preußenregiment, das auch seinen Kirchhofsgehenden Regier in Frankfurt nicht vergessen wird, denn der Schurkere will stets staatl. Lohn. Geht's ganz schief, hat doch

Puttkamer für ihn wenigstens Worte des Dankes bereit, es wird allemal Besseres, sagen wir Greißbareres für ihn abfallen, denn die That war heroisch an Schurkerei.

On n'est jamais trahi quo par les lions — man wird immer nur von seinen guten Freunden verrathen, sagt ein bekanntes Sprichwort, dessen Wahrheit jetzt Herr Schäffe an sich erfahren muß. Bei aller sachlichen Schärfe ist die sozialistische Kritik bis her eigentlich viel zu glimpflich mit Schäffe's famozer „Kusschisslosigkeit der Sozialdemokratie“ verfahren, aber was sie vielleicht des Guten zu wenig gethan, wird jetzt doppelt und dreifach nachgeholt in einer Schrift, deren Verfasser kein böser republikanischer Sozialdemokrat, sondern ein guter monarchischer Sozialist ist. Herr Verman Bahr hat sich den Herrn Minister Hohenwart'schen Angelegenheiten gekauft und traktirt ihn in einem Pamphlet, betitelt: „Die Einseitigkeit des Herrn Schäffe“, so, wie er es verdient, d. h. on canaille. Herr Bahr hat seit der Zeit, wo wir ihm in unserm Blatte eine Lektion zu erteilen hatten, offenbar zugehört, und wenn es auch gerade kein Kunststück ist, Herrn Schäffe sowohl mit seinen eigenen Schreibern als mit der sozialistischen Literatur, die er ja zu vernichten behauptet, in die Pfanne zu hauen, so kann sich Herr Bahr doch rühmen, dieses Stück Arbeit nach allen Regeln der Kunst verrichtet zu haben.

Das Schriftchen ist nicht ohne Witz, aber leider auch nicht ohne sehr viel Behagen und eine tüchtige Portion von salzigem Pathos geschrieben. Man nimmt indeß beide Fehler schließlich in den Kauf, denn, wie gesagt, Herr Schäffe hat eine andere Behandlung als die, welche ihm Dr. Bahr angebeihen läßt, nicht verdient.

Ein bedenklicher Vergleich. Ein konservatives Blatt vergleicht Bismarck mit Cromwell, und zwar nicht, um dem Hohenzollern'schen Kaiser ein „eins auszuweichen“, sondern um ihn zu verherrlichen. Der Republikaner Cromwell, der einen despotischen König auf Schaffot schickte, das politische Ideal eines konservativen deutschen Blattes — das ist allerdings nicht übel. Hoffentlich judt unserem „Heldengreis“ nicht der Hals, wenn sein „Cromwell“ ihm nahe kommt.

Frankreich. Aus Paris schreibt uns ein Genosse: Ihre Bemerkungen über das von der Auslandspresse mit unserem Programm verwechselte Programm der „sozialistischen Allianz“ treffen im Wesentlichen durchaus zu. Gestatten Sie mir, dieselben noch etwas zu ergänzen.

Als nach der Amnestie im Jahre 1880 die Kommunisten zurückkehrten, da gründete eine große Anzahl derselben, welche sich an die Radikalen angeschlossen hatten, eine Vereinigung, die den Zweck hatte, der damals im Entstehen begriffenen Arbeiterpartei einen Knüttel in den Weg zu werfen. In diese Vereinigung traten alle Arbeiter ein, welche sich noch von den Horden der Radikalen blenden ließen, und die Radikalen wiederum ließen sich die Unterstützung der aus London, der Schweiz u. zurückgekehrten Kommunisten gern gefallen, da dieselbe ihnen gestattete, ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse zu stärken. So ließen sich denn 1881 bei den Wahlen zum Parlament die Clemenceau, die Pelletan u. von dieser sozialistischen Allianz patronisiren und legten sich, um die Arbeiter besser zu ledern, gleichfalls das Bewort sozialistisch zu.

Nun aber kommt das Spaghaste: Diese Allianz ist jetzt auf dem Wege, den Herren Radikalen, die bereits das Ruder in Händen zu haben vermeinen, einen argen Streich zu spielen. Ihre Anhänger sind, wider ihren Willen und ohne es zu merken, von unserer Agitation stark beeinflußt worden, und so haben sie, statt wie bisher die Parole zu den bevorstehenden Wahlen sich von den Herren Radikalen erteilen zu lassen, sich soweit emancipirt, denselben ein Programm eigener Fabrik ausdiktiren zu wollen. Sie sind in ein Komitee zusammengesetzten und haben dem rein politischen Programm der Radikalen eine große Anzahl, den verschiedenen sozialistischen Programmen entlehnter sozialer Reformen angehängt, wie z. B. die Rationalisirung der Banken und Eisenbahnen, die allmähliche Aufhebung der öffentlichen (Staats-) Schulz, die Staat und Gemeinde aufzuerlegende Pflicht, für die Erziehung und den Unterhalt der Kinder aufzukommen u. s. o.

Die Radikalen machten vergebliche Versuche, als sie sahen, wie ihre Hammel ihnen die Hörner zeigten. Unter Anderen griff Camille Pelletan das Programm der Allianz, zwar nicht offen, aber zwischen den Zeilen an, indem er es in's Hässliche zu ziehen suchte. Für die Radikalen à la Clemenceau ist es in der That unmöglich, dieses Programm anzunehmen, und wie Gambetta wird Herr Clemenceau gezwungen werden, sich den Schwanz abzuhaken, wenn er zum Ministerium gelangen will.

Die Leute von der Allianz, die offenes Spiel gespielt und sich eingebildet hatten, die Radikalen würden die verlangten Sozialreformen mit Begeisterung akzeptiren, sind wie billig enttäuscht und beginnen sogar, auf ihre bisherigen Fächer wüthend zu werden. Es würde durchaus kein Wunder sein, wenn ein großer Theil der sozialistischen Allianz nunmehr sich entschließt, die Reihen der Arbeiterpartei zu stärken.

Hoffen wir es.

Sozialistische Presse und Literatur. B. Malon, L'Agiotage de 1715 à 1870. (Bibliothèque de la Revue socialiste Nr. 1) Paris. Eine sehr interessante und instructive Studie über die Entwicklung des Spekulationswuchers in Frankreich von der Zeit Law's bis zum Sturz des zweiten Kaiserreichs, die zuerst in der Revue socialiste erschienen ist, und deren Lektüre wir denjenigen unserer Leser, die der französischen Sprache mächtig sind, nur empfehlen können. Das Kapitel über den Spekulationswucher während der großen französischen Revolution werden wir in dem Feuilleton unseres Blattes zum Abdruck bringen.

In der Vorrede zur vorliegenden Broschüre glaubt der Verfasser an, daß er ursprünglich beabsichtigt habe, seine Arbeit auch auf die Spekulation in der Zeit von 1870—1884 auszudehnen, aber davon Abstand genommen hat, nachdem eine „kompetentere Feder“ — Aug. Chrac, Verfasser der „Könige der Republik“, der „Geheimnisse des Reichs“ u. s. o. sich bereit gefunden hat, diesen Abschnitt in der Revue socialiste zu behandeln. Wir kommen der Bitte, unsere Leser auf diese Artikel aufmerksam zu machen, gerne nach, wie wir überhaupt der Redaktion der Revue socialiste das Zeugniß ausstellen können, daß sie in den bisher erschienenen Hefen dieser Revue ihrem Programm nach Kräften nachgeholfen ist.

Dr. Franz Gerou: Was der Sozialismus will, und wie er es will. Rede, gehalten vor dem Turnverein in Williamsburg, 1885. Herausgegeben vom National-Gezults-Komitee der Sozialistischen Arbeiterpartei. New-York. Ein, von einzelnen Amerikanern abgesehen, in durchaus klarer Sprache gehaltenes Agitationspamphlet, das als eine Bereicherung dieses wichtigen Zweiges unserer Literatur bezeichnet werden darf.

### Korrespondenzen.

Königsberg, 22. Juli. Endlich bin ich in der Lage, den Genossen mittheilen zu können, daß der Lohnkampfer der Tischler nach elfwöchentlicher Dauer zu ihren Gunsten beendet ist. Es ist allerdings den Streikenden nicht gelungen, ihr ursprüngliches Programm ganz durchzuführen; aber wenn man die geringe Unterstützung bedenklich, die den Arbeitern gewährt werden konnte (44 M. 50 Pf. für Bertheilung und 34 M. 50 Pf. für Unvertheilung für die ganze Streikdauer), wenn man die Beschäftigten in Betracht zieht, die denselben von Seiten der Polizei und anderen Sicherheitskräften zu Theil wurden, und die so weit gingen, daß man die Streikenden sogar bei ihren Spaziergängen bis vor die Thore verfolgte, so muß man sagen: sie haben mit einem Muth gekämpft, der selbst ihren Gegnern Respekt abnötigte. Die meisten Schwierigkeiten haben den Streikenden die Herren Junungsmeister bereitet. Diese reaktionäre Gesellschaft konnte es gar nicht begreifen, daß die Arbeiter überhaupt Forderungen zu stellen wagten; nach ihrer Meinung haben sie es zu bestimmen, was dem Arbeiter für Lohn gezahlt werden soll, und so blieben denn auch die Unterhandlungen der Lohnkommission mit ihnen erfolglos. Die Streikkommission mußte sich in Folge dessen auf Unterhandlungen mit den einzelnen Arbeitgeber einlassen, und so kam es auch in den meisten Fällen zum Abschluß.

Die Forderungen sind folgende: Die Arbeitszeit, früher im Durch-

\*) Eine Lese der Leistungen dieses Beamtenharlekin nächstens.



schmitt 12 Stunden, ist allgemein auf 10 Stunden festgesetzt, ebenso fand eine Lohnsteigerung von 10 Prozent statt, und auch die Bezahlung der Stickerarbeit wurde um 10 Prozent, bei Einzelnen bis zu 25 Prozent erhöht, bei ganz Einzelnen noch mehr; eine Extraentschädigung von 10 Pf. für Überstunden wurde gleichfalls durchgesetzt. Dagegen gelang es den kämpfenden nicht, den Rüstungslöhnen (15 Mk.) allgemein durchzuführen; derselbe ist nur in 23 Werkstätten durch Unterschrift des Arbeitgebers anerkannt.

An Geldopfern hat der Streik circa 13,000 Mark erfordert. Wie ich erfahren habe, wird die Lohnkommission eine genaue Abrechnung in Broschürenform herausgeben und an alle Interessenten verteilen; ich werde dann die von den auswärtigen Parteigenossen und Vereinen und auch die ohne nähere Bezeichnung eingegangenen Gelder in unserem Organ bekannt geben; vorläufig besten Dank für die allseitige Hilfe.

Was man nun über Streiks denken wie man will, auch wir halten sie keineswegs für ein Radikalmittel, die Lage der Arbeiter dauernd aufzubessern, aber eines steht fest: der Indifferentismus ist auch unter den anderen Arbeiterbranchen um ein gut Teil befeitigt, das Klassenbewußtsein ist gewacht, und die Wirkung wird nicht ausbleiben. Jedenfalls wird in Zukunft die Arbeiterorganisation hier eine allgemeine werden, die den Boden für die Weiterentwicklung unserer Bestrebungen empfänglich macht.

**Chlau.** Am 1. Juni hatten wir die traurige Pflicht zu erfüllen, unsern Genossen Scharrenarbeiter C. Gotthardt — welcher am 18. Juni in der Fabrik in einem Arnen eines Mitarbeiters plötzlich am Herzschlag starb — zur letzten Ruhestätte zu begleiten. Mehr als 250 Parteigenossen folgten dem Sarge, sämtlich mit roten Blumen geschmückt. Ein schöner Kranz mit langer rother Schleife und Inschrift wurde dem so plötzlich Dahingegangenen gewidmet, welcher erst auf dem Sarge befestigt wurde, und dann mit einer kurzen Ansprache aufs Grab niedergelegt wurde. Während der ungefähr halbstündigen Fahrt nach dem Friedhofe flatterten die Schleifen lustig im Winde. Die Polizei hatte Wind bekommen und erschien auf dem Friedhofe — zwei Polizisten und ein Mann Scheimpolizei, d. h. der Handwerksführer; nur Polizeiführer Clemens fehlte, der Bürgermeister Jindler sah sich den Beizug von Weitem an, ohne unsere Handlung zu stören. Polizist Anders forderte die Genossen in dem Lokale, wo sie sich versammelt hatten, auf, die Blumen abzulegen, sonst müßte er Anzeige machen. Es wurde ihm aber erwidert, daß wir gehen, wie wir wollen, und er thun und lassen möge, was ihm beliebt, womit er sich auch zufrieden gab. Hinterher machte er aber doch Anzeige und denunzierte drei Genossen, welche schon polizeiliche Vernehmung hatten. Aber — es weiß halt keiner nichts. Ueber den Ausgang werde ich berichten, derselbe findet seinen Abschluß vor dem hiesigen Schöffengericht. Da dieses das erste Verdict war, welches von uns, nach Wunsch des Verordnenen, in Szene gesetzt wurde, so hatten wir Gelegenheit, die verschiedenartigen Meinungen zu hören; der Indifferentismus der Masse ward uns dabei so recht klar vor Augen geführt. Es gibt noch viel Arbeit!

Der Verordnete hat sich ein bleibendes Andenken unsereits gesichert. Der rote Fahn.

**Frankfurt am Main.** Die unerhörteste Schandthat auf der Stätte der Pöbel verübt zu haben, dieser traurige Ruhm war der Frankfurter Polizei vorbehalten: sie hat sich am Mittwoch den 22. Juni bei Gelegenheit des unter überaus zahlreicher Beteiligung stattgehabten Begräbnisses unseres Genossen Miller in ihrer ganzen Inamie gezeigt. Schon vor dem Todtenhause, dem „Bürgerstift“, sammelten sich circa 1000 Genossen, um einem unserer treuesten Streiter und Kämpfer die letzte Ehre zu erweisen. Trotz der riesigen Menschenmenge, die sich eingefunden hatte, fanden die reichlich patrouillierenden „Blackschöpfe“ nirgends die gesuchte Gelegenheit, einschreiten zu können. In Köhler-Reihen bewegte sich der imposante Zug nach dem Friedhofe. Dort angelangt wurde derselbe von einem Haufen Ordnungshelmen empfangen. Beim Eintritt in den Friedhof bemerkte ich rechts hinter dem Portale 20 „Schwäzler“ in Reich und Glied stehen, hinter einem größeren Grabmonument fast ebenso viel. Der Sarg wurde nunmehr aus der reichen Blumenspende herausgehoben, und an die etwa 120 Schritte vom Eingang entfernt liegende Gruft gefahren, und unter dem Abhängen eines Liebes eingeseilt. Genosse Jüllgrabe hatte kaum „verehrte Leichtragende“ gesagt, da schrie ihm der betrauerte Polizeikommissar Meyer zu: „Jede Ansprache ist hier unterlag.“ Hierauf legte Genosse Jüllgrabe den Kranz im Namen der Frankfurter Genossen nieder, es folgte dann eine Dame, die einen solchen im Namen der sozialdemokratischen Frauen Frankfurts niederlegte. Ebenso lagen die Genossen in Höchst, Darmstadt, Hanau, Siegen, Sosenheim, Feschenheim durch ihre Vertreter Kränze auf das Grab legen; schließlich trat Genosse Lependeker vor und verkündete mit langvoller Stimme, daß er einen Kranz im Namen der Genossen in Mainz und der umliegenden Orte niederlege; damit zog er aus seiner Brusttasche eine rote Schleife und ließ dieselbe mit den Worten hinabflattern: „Diese Schleife gebe ich Dir mit als Zeichen der Freiheit, für die Du gekämpft hast, die Du aber nicht erringen konntest!“ Raum hörte Meyer das Wort Freiheit, so sprang er wie von einem elektrischen Schläge getroffen auf und freizte den Leichtragenden zu: „Auf Grund des § 9 des Sozialstrafgesetzes fordere ich zum Fortgehen auf; zum ersten, zweiten und dritten Male!“ In demselben Augenblicke, ohne der zusammengebrängten Menge aus nur die allerhöchste Zeit zum Auseinandergehen zu lassen, gab dieser Hülle alle sämtlichen Mannschaften Befehl zum Einhalten. Mit dem Schlußruf: „Auf die Schwefelbände!“ stürzten sich im Nu schweigend der Ordnungsmänner, gleich einem Rubel hungriger Wölfe, auf die Menge, um ihren Blutdurst zu befriedigen. Weder Geschlecht noch Alter wurde berücksichtigt; es war ein entsetzliches Gemisch. Kinder schrien, Frauen stießen jammernde Töne aus, Einzelne fielen in Ohnmacht, die Vermundeten schrien und schrien, und dazwischen ertönte das Gekrier der Säbel, mit denen die Kannibalen unaufhaltsam loszuziehen. Doch nicht genug damit, es sollte noch besser kommen. Als die ersten Jünger des Portales weichen, rief der Notmeister der Berittenen seinen sich etwas verdeckt aufhaltenden Helfershelfern zu: „Hervor!“ und im schärfsten Galopp sprengte die reitende Reute heran und hieb ohne Unterlaß in die Menge ein.

Bezeichnend für die Art und Weise des Vorgehens dieser Bluthunde ist folgende Episode, die sich vor dem Portale abspielte. Einer der herausragenden Polizeistrolche spornete mit aller Kraft sein Ross an, in das Gemüth der sich durch ein schmales Seitenhor Deraudringenden zu springen, doch das Pferd, als wollte es zeigen, daß es in seiner tierischen Natur doch noch edlere Eigenschaften birgt, als sein menschlicher Bändiger, kam nicht so leicht und verhielt sich so seinem Reiter, der während gegen die Jünger seinen Schwert schwang, seinem blutigen Gelüste Genüge zu thun. Ein anderer der „Löhnen Reiter“ rief einer Frau das Kind vom Arme und bearbeitete die Mutter mit Säbelhieben. Erst 50 Schritte von dem Thore entfernt konnte man die Resultate dieses bestialischen Ueberfalls übersehen. Da kam Einer, aus dessen Kassen der Säbelwunde das Blut derart herausströmte, daß er es mit einem Taschentuch nicht zu stillen vermochte; ein Anderer, der über die Stirne nach der Schläfe zu einen Hieb erhielt, war durch den Blutverlust derartig geschwächt, daß er wankte und von rasch herbeigekommenen in eine Wirtshaus gebracht werden mußte, wo ihn Genossen erstricken ließen. Wiederum ein Anderer erhielt einen Stich ins Bein; ein achtjähriger Kind eine Klaffende Schenkelwunde u. s. w. Circa 30-40 Personen waren blutig gebauen worden; doch noch häßlicher zeigten sich die „Herosen“ im Flachhauen. Einen alten Greis schlugen sie derart, daß er weinte; die danebenstehende, ihrer Empörung Ausdruck verleihende Tochter wurde ebenfalls nicht mit Säbelhieben verschont. Ein junger Mann brach in der Promenade zusammen und gab, als er wieder zu sich kam, an, schändlich mit Säbeln bearbeitet worden zu sein. Der Blässe und den sehr eingefallenen Augen nach zu urtheilen, daß derselbe eine innere Verletzung erhalten. Einer Frau wurde ihr schwarzes Kleid total in Fetzen gerissen. Die Zahl der mit der Klinge „unblutig“ in Berührung gekommenen ist eine sehr große, da die „zu Fuße“ unaufhörlich raffen, bis der letzte der Schwefelbände die Stätte des „Friedens“ verlassen.

Widerstand wurde nirgends geleistet, da der Angriff zu unerschrocken kam, und auch keiner vorbereitet noch gewillt war, die Stätte der Pöbel zu schänden. Er wäre auch übrigens zwecklos gewesen, da ein Bataillon Soldaten in der Nähe bereit stand, nöthigenfalls den Friedhof säubern zu helfen. Dann hätten die Tapferen die stürmende Unwissenheit sich als Dummheit dienen lassen, um „selbstmüthig“ gegen den „innern Feind“ zu kämpfen.

Die Erregung über diese Schandthat, die als Sühne für Kumpfgelien sollte, war eine ungeheure. Die „Reformer“ sind eines Besseren belehrt worden. Dieser mörderische Ueberfall dürfte der Frankfurter Polizei noch unheilvoll werden.

Die Philisterblätter, an der Spitze die „Frankfurter Zeitung“, schreien jetzt nach Unterjochung eventuelle Befreiung des elenden Subjektes Meyer wegen Mißbrauch der Amtsgewalt. Aber wer gibt den Bewunderten ihre verlorenen Säfte, den Geschlagenen ihre großen Glieder wieder? (Genosse Fleischmann, Kandidat für Domburg-Wingen, wurde der linke Arm lahm geschlagen!) Was es übrigens mit denartigen „Unterjochungen“, welche die öffentliche Entrüstung dämpfen sollen, auf sich hat, das haben uns die Kieler Vorgänge und die nachherige Belobung durch Buttamer bewiesen. — Falls der Herr von Buttamer in ähnlicher Mission nach Frankfurt kommen sollte, darf er auf einen „warmen“ Empfang seitens der Bevölkerung rechnen.

Kein Vorwurm ist jedoch zu schlecht, als daß man nicht daraus eine Lehre ziehen könnte. Angesichts dieses mörderischen Ueberfalls sollten alle Sozialdemokraten sich zum ersten Zusammenhalten doppelt anseuern lassen, und nicht die besten Kräfte zum Gaudium der Feinde vergeuden. Denkenden Genossen noch Shakespeares Worte: „Daß diese blutige That zum Himmel stinkt Von Menschenans, das nach Bestattung ächzt.“

Lug.

### In der ersten Hälfte des August erscheint in Paris: „Le Socialiste“

Wöchentliches Organ der Arbeiterpartei.  
Hauptredakteure: Gabriel Deville, Jules Guesde, A. Trejac, Paul Lafargue, A. Le Tailleur.  
Korrespondenten für das Ausland: Deutschland: Bebel und Liebknecht; Schweiz: Beder und Bernstein; Belgien: C. Ansele und Edm. van Beveren; England: Belfort Day und Ed. Keeling; Spanien: Jalesias; Vereinigte Staaten: Rosenberg; Russland: Plechanoff; Italien: P. Martignetti.

Um das Propagandamittel des „Socialiste“ zu erleichtern, hat das Verwaltungskomitee die Ausgabe einer bestimmten Anzahl (500) von Antheilscheinen à 5 Franken, zahlbar in fünf monatlichen Raten, beschlossen. Anmeldungen für Antheilscheine oder für Abonnements auf den „Socialiste“ wolle man adressiren an L. Hennet, 25 rue Berthe, Paris.

### Nachruf.

Schon wieder hat der unerbillige Tod einen unserer Vorkämpfer unsern Reihen entzissen. Es ist dies der Weber

Julius Wendler, der mehr als ein Menschenalter — Wendler war 67 Jahre alt, als er starb — gegen die Reaktionen in Staat und Gesellschaft gekämpft. Schon 1848 und 1849 stand Wendler mit in den vordersten Reihen der Kämpfer, in den fünfziger Reaktionsjahren widmete er sich dem Studium der Naturwissenschaften, was zur Folge hatte, daß er bald mit den Demern der christlichen Kirche in Konflikt gerieth, der nach der Geburt seines jüngsten Sohnes in offene Feindschaft überging. Zu Anfang der sechziger Jahre, als in Chemnitz die Schulz-Deutsche Bewegung in Fluß kam, war auch unser verstorbenen Genosse einer der Ersten, welche im Rahmen derselben für die Arbeiterinteressen wirkten. Und als dann Ferdinand Lassalle das Banner der Sozialdemokratie entrollte, war es wiederum Wendler, der mit nur Wenigen in Chemnitz die erste Lassalle'sche Genossenschaft gründete, deren Bevollmächtigter er lange Jahre war. Mit Anfang der siebziger Jahre war unser braver Genosse gezwungen, der öffentlichen Thätigkeit zu entsagen, da ein hartnäckiger Rheumatismus ihn nach und nach vollständig lähmte. Nach nahezu zwölfsähriger Krankheit hat ihn nun der Tod von seinen langen Leiden erlöst. Wendler war bis an sein Ende im Besitze seines klaren Verstandes, und hat ihm namentlich der Ausfall der vorjährigen Reichstagswahl ungemein erfreut.

Ehre dem Andenken des wackeren Vorkämpfers!  
Die Parteigenossen von Chemnitz.

### Partei-Archiv.

- Für das Partei-Archiv gingen ein:
- „B. D.: Diverse Flugblätter.
  - „E. P.: 6 Neue Fürstenmörderlieder.
  - „Pöschinger, München: 1 Partie diverser sozialdemokratischer Zeitungen.
  - Diverse Flugblätter und Zeitungsartikel.
  - Drehprozess der Gleichheit.
  - Kölnener Kommunillenprozess.
  - G. A. S.: Ein Wort zur Verständigung in der sozialen Frage.
  - 1 Oesterreichischer Arbeiterkalender 1876.
  - 1 Manuscript: „Michael Bakunin“.
  - „J. Sch., Unterstrah: Diverse Zeitungen.
  - „J. Hürlimann, Rundschreiben.
  - „Fr. Engels, London: „Mary“ „Kapital“ Bd. II.
  - „A. S. in R.: Zehn der Kerzlichen Klassen zum Fabrikgesetz Entwurf.
  - „A. Galeer, der moralische Volksbund oder der Größtverein.
  - Fünfte Sendung mit fortgesetzter Liste von Joh. Ph. Beder.
- Nr. 106 30 Briefe und Telegramme von der Frau Gräfin Sophie von Haffeld.
- „107 „Les conditions sociales en Italie.“ Manuscripte de 11 pages par B. Malou.
  - „108 „Ein Blick ins Parteiwesen des Kantons Gené“ von Joh. Ph. Beder. 1864.
  - „109 Bebel's Rede gegen das Bauerngesetz. Leipzig 1878.
  - „110 „Die preussische Amnestie“ von Karl Heinzen.
  - „111 „Gedanken über Gewissensfreiheit“ von Carl Voruttan. Königsberg 1867.
  - „112 „Denkschrift über Deutschlands Lage und Zukunft.“ London 1861.
  - „113 „Der demokratische Völkerverein.“ Aus 222 und 223 der „Rheinischen Zeitung“ 1849. Eine von Genosse L. Sig. Vortheim besorgte Abdruck.
  - „114 Fünf Blätter aus dem rühmlichst bekannten „Distel-Kalender“ mit Handzeichnungen. Solothurn 1841.
  - „115 Samedi ou Dimanche ou le rapport Montalembert par Felix Pyat.
  - „116 „Die religiöse Frage und die Arbeiter.“ Eine Stimme aus der Sozialdemokratie. Leipzig 1869.
  - „117 „Questions sociales à la portée de tous, par un homme du peuple. Paris.
  - „118 Programm of the Land Tenure Reform Association. London 1871.
  - „119 Lebensversicherungs-Katechismus von August Wiegand. Halle 1862.
  - „120 Collectivisme et Révolution. Par Jules Guesde. Paris 1879.
  - „121 „Die Schlacht am Stof“ von Carl Schneider. — Alttetten 1861.
  - „122 „La peine de mort“ par Elisée Réclus. Gendve 1879.
  - „123, 124, 125 Drei Päckchen von je 100 Briefen von Genossen aller Weltgegenden.
  - „126 Gebicht von C. Wilms an F. Lassalle zu dessen Geburtstag 11. April 1864.
  - „127 „Betrachtungen über den deutsch-französischen Krieg“ von Genosse Fr. Engels (25. August 1870) in der „Wall Mail Gazette“. Von Genosse L. Sig. Vortheim in's Deutsche übertragen.
  - „128 70 Aktenstücke, geschriebene und gedruckte, in deutscher, französischer und englischer Sprache.
  - „129 Handschriftliche Aktenstücke, die babische Revolution 1849 betreffend.

- Nr. 130 „La Suisse allemande“ par Mmo. la Comtesse Desd'astria. Pars & Gendve 1859. Besonders interessant für unsere Partei sind darin die Kapitel XXX—XXXVI über das „Junge Deutschland“, die kommunistische und atheistische Arbeiterbewegung in der Schweiz. (Enthält jedoch viele Irrthümer.)
- „131 1 Expl. „Wie und Wann?“ von Joh. Ph. Beder. Genf 1861.
  - „132 6 Jahrgänge „Vorboten“, 1866—1871, von Joh. Ph. Beder.
  - „133 1 Expl. „Neue Stunden der Andacht“, Psalmen in Reimform, Kriterien und Satire, von Joh. Ph. Beder. Genf 1874.
  - „134 Ein Päckchen Aktenstücke, die Arbeitseinstellung in St. Gallen Juni 1871, betreffend.
  - „135 Ein Päckchen handschriftlicher Papiere von Alfred Riehl, dem bei Dos gefallenen Helben der süddeutschen Revolution 1849.
  - „136 Ein Päckchen handschriftlicher Aktenstücke — Proteste, Beschwerden u. s. w. — von mehreren Gemeinden des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gegen und über die Haltung des Berliner „Sozialdemokrat“, 1865.
  - „137 Nachträglich ein Päckchen mit 84 Briefen, worunter solche von Marx, Heib, Bracke, Bebel, Liebknecht, Frankfurt, Dr. G. Garibaldi, Ruggini (Brata. Florenz), Dr. L. Büchner, Rüstow, Dassi (Neapel), Boruttan, Lange, Prof. Bluntz, Prof. Bluntz, Berlin, Fr. Rejner, B. Schlig, Rarthen Wulfer und anderer bekannter Zeitgenossen.

Um weitere Einsendungen ersucht Die Archivverwaltung.

### Warnung.

Hugo Riebling, früher aus Leipzig ausgewiesen, hat in Bezug auf Handlungen begangen, welche denselben jedes Betrauens und Entgegenkommens für fernere unwürdig machen. Nachgewiesene Arbeit — Riebling ist Rotenstecher — hat nicht angetreten. In parteigenössischen Kreisen hüte man sich vor ihm. Die Beauftragten.

### Aufforderung.

Alle Orte, die noch im Besitz von solchen unverkauften Darlehensscheinen der Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei & Volksbuchhandlung sind, die am 1. Oktober 1882 ausgegeben wurden, werden hierdurch aufgefordert, dieselben an die Unterzeichnete zurückzugeben, widrigenfalls die betreffenden Nummern für ungültig erklärt werden. Ebenso werden die Orte, die noch mit der Abrechnung über die genannten Scheine im Rückstand sind, ersucht, diese Abrechnung jetzt zu leisten. Die Verwaltung der Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei & Volksbuchhandlung, Göttingen-Zürich.

### An unsere Korrespondenten.

Wir bitten in jedem Brief u. s. w. Reich deutlich anzugeben, welche Briefe, Sendungen u. s. w. bis zu Abgang eingetroffen waren. Bei Abänderungen, Abrechnungen und dergleichen ist unbedingt Vorkehrung zu treffen, etwa Einlebens in sichere Hände zu leiten. Alle Abrechnungen bitten wir in Deutsch- und Lateinschrift (bezüglich Kontrolle) deutlich zu schreiben. Debedressaten oder deren Angehörige sind zur Ablieferung sofort nach Empfangnahme strengstens anzuhalten. Mittheilungen als Beilage für die Redaktion wollen man stets auf ein besonderes Blatt Papier geschrieben beilegen.

### Briefkasten.

der Redaktion: Reumünster in H.: Nachruf in nächster Nummer.

der Expedition: Kai: Nr. 1. — B. G. Opp.: Nr. 3 — Nr. 3. Du. erh. Nachruf. folgt. — Rother Gaucho: Nr. 340 Kb. 3. Du. u. Schft. erh. 30 Bg. pr. Ufsd. bld. verwendet. — Dambacher Schloß Nr. 430 bld. erh. Röhres Räter. — Feuerländer: Nr. 50 — a Gto. erh. Abdr. erh. Bei solchem Rückfall ins Gefängnis hat Reich Arbeit — der Herr Epitel. — Größtverein Thalweil: Fr. 2. 10 Kb. 3. Du. erh. Postkarte ist am 2. Juni keine angekommen. — G. H. Fr. 10 — f. Gen. Weiler bld. erh. — Bf. Stg.: Fr. 725 Kb. 3. Du. f. Kb. u. Bf. 2. erh. — G. Schyr.: Fr. 130 f. Kb. erh. — Rof. Bed.: Nr. 50 — a Gto. erh. Abdr. geordnet. Hoffentlich Rest diesmal laut Zulage. — Bürger Sanftmuth: Nr. 50 — a Gto. Kb. 3. erh. — P. W. Graing: Fr. 250 Kb. 3. Du. erh. — Ritzschsch. Basel: Fr. 11 — f. Schft. zum Wabfest erh. Die von Fr. 2 — dem Landesausgleich bezahlt f. Wahlstoffe. — Claus Groth: Bfllg. 1c. notirt. Weit besorgt. — Otto Born. Jannenthal: Bf. v. 3/8. erh. u. besorgt. Weiteres erwartet. — Feuerblume: Abdr. notirt. Waren theilweise sehr unleserlich. Gelder werden nicht vor Eingang quittirt. — Zug: Fr. 10 — für d. freitenden Schmiebe 1c. bld. erh. u. besorgt. — Rother Gaucho: Vortrag über Schiffraten sehr interessant, aber — das Register hat ein Loch bei 3 h n n. Bf. mehr. — Roland II: Bis zum 3/8. Alles hier. Korfirtes erwartet. — Rebus: Nr. 1155 Kb. 2. Du. erh. Abdr. geordnet. Sch. Betreffendes eilt. — Postillon a. d. blauen Donau: Nr. 9 — Kb. 3. Du. erh. Nachruf. fort. — Himmel: — Am 18/6. Angekommene selbstverständlich mit 30 erst versendbar. R. B. hat uns sogar mehr befreit. Im Weiteren momentan nichts Neues. Bf. mehr. — Matthe: Ordre v. 27/7. ausführbar, sobald Korfirtes da. — Rangel an Ueberfluß des Besten“ hindern unser „Berlagsrecht“. — Ahasverus: Bf. v. 31/7. hier. Weiteres Bf. — Rother Zula: Abdr. geordnet. Weiteres eingetroffen. Fr. Ende 3. Du. haben Sie nach Eingang der 30 dann Nr. 260 gut. — A. Bf. Fr.: Nr. 440 Kb. 3. Du. erh. Nr. 5 60 pr. Ufsd. bld. verwendet. — G. Gr. Porto-Alegre: Fehlendes folgt. „Metallarb. Stg.“ am 6/8. zum drittenmal für Sie bestellt. Weiteres Ordnung. Grup v. B. Kleeberg 1c. erwiedert. — Duidam: Nr. 21 50 Kb. 3. Du. u. Schft. erh. Alles beachtet. — Bruno: Nr. 120 — a Gto. Kb. 2. Du. erh. Bf. folgt. — R. St. Opp.: Nr. 450 Kb. 3. Du. erh. — G. Bf. Rahn: Nr. 440 Kb. 3. Du. u. Schft. erh. Bfllg. folgt. Engels Lage der arb. Klasse in England“ nirgends mehr aufzutreiben. Nr. 367 f. d. freit. dänischen Metallarb. bld. erh. — Rofe Fahne: Nr. 570 f. d. freit. Schumacher in Jmsbrnd bld. durch G. erh. Fr. 280 f. Schft. u. R. J. erh. Nr. 220 pr. Kgds. bld. verwendet. — Fr. 280 f. Schft. u. R. J. erh. Bf. erwartet. — S. Sch. Locle: Fr. 40 — a Gto. Kb. 2c. erh. Bf. erwartet. — F. Sch. Dag. 60 Gts. f. P. Beiträge u. 40 Gts. pr. Ufsd. bld. erh. — F. Sch. Dag. 280 Kb. Aug. u. Sept. erh. — Bon Wilhelmine a. d. 27. September. Fr. 1 — pr. Ufsd. u. Fr. 220 pr. Kgds. bld. erh. — 7/9. 27. Dopp. 4 — erh. u. hievon Fr. 5 — pr. Bfllg., Fr. 307 pr. Porto verwendet. — Ein Rother W.: 40 Bg. Schft. u. 60 Bg. f. d. franzöf. Wahlen bld. erh. — Wilhelms: Nr. 3 — a Gto. durch Bg. erh. — Querfopf: Nr. 1050 alter Rest u. Kb. bis Ende Dez. nebst Porto f. die dursig. Seele erh. — Gur: Fr. 10 — f. d. freit. Ropenhagner Metallarb. u. Fr. 5 — f. d. freit. Schumacher in Jmsbrnd bld. durch G. erh. B. Gts. Basel: Fr. 10 — a Gto. erh. — Wf. Schins: Fr. 210 Kb. 3. Du. pr. R. J. erh. — Schdt. Bf.: Fr. 2 — Kb. 3. Du. erh. — B. Gts. Chicago: Fr. 15 20 a Gto. Kb. gutgebr. Bf. erwartet. Grup. — G. Rphg. Bern: Nr. 390 Kb. 3. Du. u. Schft. erh. Nr. 10 pr. Ufsd. bld. vern.